

Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 2177733 ■ www.zbv.ch



Vorstellungsreihe von eidgenössischen Initiativen, welche für die Landwirtschaft relevant sind

«Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Am 23. September 2018 kommt die Initiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» zur Abstimmung. Wir nehmen die Gelegenheit wahr und stellen Ihnen in den nächsten Wochen die derzeit bekannten, für die Landwirtschaft relevanten Begehren hier im «Zürcher Bauer» genauer vor.

Für Ernährungssouveränität, Hornkuh-, Fair-Food- oder auch die Initiative «Sauberes Trinkwasser» und einige mehr beschäftigen die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land und auch im Kanton Zürich.

Pro und Contra kommen zu Wort

Mit dieser Ausgabe und in den nächsten Wochen werden wir die diversen, derzeit pendenden Volksinitiativen, welche die Landwirtschaft betreffen werden, vorstellen. Dabei werden wir das jeweilige Begehren kurz vorstellen und die diesbezüglichen Befürworter wie auch Gegner zu Wort kommen lassen. Mit Stellungnahmen von Befürworter und Gegner sowie ein zum Thema passendes «Nachgefragt bei ...» wollen wir Sie mit den jeweiligen Begehren vertraut machen.

Die Initiative

Das Komitee um die Bauernorganisation Uniterre hat die Volksinitiative am 30. März 2016 mit rd. 109'000 gültigen Unterschriften eingereicht und diese wurde am 25. April 2016 für gültig erklärt.

Nach diversen Beratungen im Nationalrat anlässlich der Wintersession 2017 sowie der Beratung im Ständerat während der Frühjahrsession in diesem Jahr hat die Bundesversammlung am 16. März 2018 beschlossen, diese vor Volk und Stände zu bringen. Somit stimmen wir am 23. September 2018 über dieses Begehren ab.

Um was geht es?

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative will grundsätzlich eines: Den Bauern helfen, eine ökologische Landwirtschaft fördern und die Schweiz langfristig sinnvoll ernähren.

Ernährungssouveränität bezeichnet nach dem Verständnis ihrer Befürworter das Recht aller Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren.

Der Begriff wurde anlässlich der Welt-ernährungskonferenz 1996 von der internationalen Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung Via Campesina geprägt,

es handelt sich nicht um einen wissenschaftlichen Fachbegriff, sondern um ein politisches Konzept, welches mit diversen Forderungen, wie beispielsweise dem Zugang zu Land, einhergeht.

Somit also eigentlich das Recht eines Landes oder einer Region, selber über die Landwirtschaft und Ernährung zu bestimmen. Insbesondere auch über jegliche Gesetzgebung zu Ein- und Ausfuhr.

Hierfür wollen die Initianten den Art. 104 der Bundesverfassung ergänzen und dies gleich mit 10 weiteren Abschnitten. Den genauen Wortlaut des Initiativtextes finden Sie unter folgendem Link: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis455t.html>.

Parolenfassung

Der SBV hat anlässlich der kürzlich erfolgten Sitzung der Landwirtschaftskammer für dieses Begehren die Stimmfreigabe beschlossen. Die Parolenfassung des ZBV wird in der nächsten Zeit ebenfalls erfolgen und zu gegebener Zeit im «Zürcher Bauer» bekanntgegeben.

In zwei Wochen stellen wir an gleicher Stelle das nächste Begehren vor: «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)». ■ MCA



Ob JA oder NEIN, stimmen Sie ab. Bild: Pixabay

Nachgefragt bei ...

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ www.zbv.ch

Sandra Helfenstein, Stv. Leiterin Departement Kommunikation und Services

Am 23. September 2018 stimmen wir über die Initiative «Für Ernährungssouveränität» ab. Wir haben folgende Fragen Frau Sandra Helfenstein, Co-Leiterin Kommunikation, Bereich Medien und Öffentlichkeitsarbeit des SBV gestellt:

Die Landwirtschaftskammer (LAKA) hat an der letzten Sitzung die Stimmfreigabe zur Initiative «Für Ernährungssouveränität» beschlossen. Ihre Meinung dazu?

Dieser Entscheid ist richtig. Wir müssen uns innerlandwirtschaftlich nicht gegenseitig aufreiben. Die Initiative bekräftigt viele Anliegen, die bereits im Zusammenhang mit der Initiative und Abstimmung zur Ernährungssicherheit aufgeworfen worden sind. So soll der Bund eine vielfältige, einheimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion fördern. Kulturland- und Grenzschutz sind weitere Forderungen, die wir unterstützen.

Einerseits haben zahlreiche politische Vertreter aus allen Parteien Verständnis und Sympathie für die Forderungen der Initianten. Andererseits gehen diese aber vielen doch zu weit. Ihre Einschätzung?

Wir teilen diese Einschätzung. Die Initiative ist sehr breit formuliert und umfasst zahlreiche Forderungen. Wir finden nicht alle gleich sinnvoll oder umsetzbar. Schlussendlich wirft sie viele Fragen auf, mit denen sich jede Stimmbürgerin/jeder Stimmbürger ruhig mal



Sandra Helfenstein, Stv. Leiterin Departement Kommunikation und Services. Bild: zVg

befassen darf und die sie/er dann für sich entscheiden soll. Auch deshalb ist es richtig, dass wir uns zurückhalten und die Gesellschaft entscheiden lassen.

Was wären bei einer Annahme der Initiative die Folgen für die Schweizer oder v.a. für die Zürcher Landwirtschaft?

Eine Annahme wäre eine ziemliche Überraschung. Aber es ist durchaus wünschenswert, dass sie eine nennenswerte Zustimmung erfährt. Neu wäre ein in der Bundesverfassung verankertes umfassendes Gentechnikverbot.

Der Grenzschutz mit Zöllen und Kontingenten wäre ebenfalls per Verfassung explizit erlaubt. Exportförderungen wären nicht mehr möglich, wobei diese heute ja schon praktisch bedeutungslos sind. Es gäbe zudem schweizweit gleiche Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Kurz und gut, für die Schweizer und Zürcher Landwirtschaft wäre die Annahme kein Problem.

Neben der Ernährungssouveränitäts-Initiative kommt ebenfalls im September noch die Fair-Food-Initiative zur Abstimmung, welche wir in den kommenden Wochen noch vorstellen. Ein kurzes Statement von Ihnen?

Die Fair-Food-Initiative verlangt, dass die in der Schweiz geltenden Produktionsstandards künftig auch für importierte Lebensmittel gelten. Die Initiative fordert zudem eine bessere Deklaration der Produktions- und Verarbeitungsweise. Eine korrekte und konsequente Deklaration ist auch für die Schweizer Landwirtschaft als Abgrenzungs- und Verkaufsargument wichtig. Weiter will sie die Verarbeitung und die Vermarktung regional und saisonal produzierter Lebensmittel fördern. Kurz und gut: Auch hier handelt es sich um eine Frage, welche die Gesellschaft und nicht die Landwirtschaft beantworten soll. Der SBV hat deshalb ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. ■ ZBV

Klares JA zur Ernährungssouveränitäts-Initiative

Weder Ballenberg-Politik noch mehr Staat: Unsere Initiative fordert mit Mut die Agrarwende, die aus der Sackgasse der Agriindustrie führt. Es ist klar: KonsumentInnen wollen keine Gentechnik auf dem Teller, sie wollen Transparenz über alle Inhaltsstoffe von Lebensmitteln, lokale und gesunde Produkte, die umweltschonend hergestellt werden. Unsere Landwirtschaft darf nicht sorglos dem Freihandel ausgesetzt werden.

Die Landwirtschaft verdient einen flexiblen Grenzschutz, wie wir ihn heute schon kennen. Wir fordern klar eine Verbesserung der bäuerlichen Einkommen (Art. 5 LwG) und faire Arbeitsbedingungen. Nur so sichern wir eine nachhaltige Landwirtschaft gerade für die junge Generation.

Erinnern wir uns an die Bankenkrise, wo Milliarden eingeschossen wurden, um ein System zu retten, das mit geeigneten Rahmenbedingungen nie in diese Krise geraten wäre. Vorsorgend Denken und verantwortungsvoll Handeln mit der Natur und für die KonsumentInnen. Unsere Initiative schafft die Rahmenbedingungen, um eine kleinräumige und vielfältige Landwirtschaft mit hohen Standards zu erhalten.

■ Ulrike Minkner, Vize-Präsidentin Uniterre und Allianz für Ernährungssouveränität, Bio-Bäuerin Mont-Soleil



Ulrike Minkner Bild: zVg

Klares NEIN zur Ernährungssouveränitäts-Initiative

Economiesuisse lehnt die Ernährungssouveränitäts-Initiative ab. Bei einer Annahme der Initiative würde der Staat diktieren, was die Bauern produzieren müssen, ohne Rücksicht auf die Wünsche der KonsumentInnen und der Bauern. Die Landwirtschaft soll gemäss dem Initiativtext «den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht» werden und listet zahlreiche Anforderungen an die künftige Produktion auf. Allerdings gibt es bereits heute genügend Produkte auf dem Markt, die nach diesen radikalen grünen Kriterien produziert werden. Die KonsumentInnen könnten sich bereits entsprechend ernähren. Deshalb machen die eng gefassten Vorschriften der Initiative keinen Sinn.

Auch die in der Initiative geforderte Erhöhung der Anzahl Beschäftigten in der Landwirtschaft ist Unsinn. Wenn mit neuen Technologien effizienter gearbeitet werden kann, sollte diese Entwicklung nicht künstlich aufgehalten werden. Ansonsten wird das Rad der Zeit zurückgedreht und die Landwirtschaft verkommt zu einer Ballenberg-Utopie.

■ Roger Wehrli, stv. Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik economiesuisse



Roger Wehrli. Bild: zVg